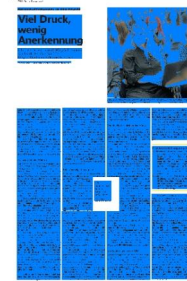


Datum: 02.02.2017

WOZ
DIE WOCHENZEITUNG



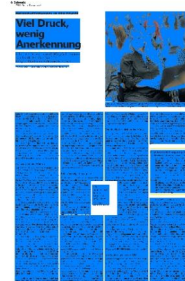
WOZ Die Wochenzeitung
8031 Zürich
044/ 448 14 14
www.woz.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 16'501
Erscheinungsweise: 49x jährlich

Themen-Nr.: 375.018
Abo-Nr.: 1053061
Seite: 6
Fläche: 129'674 mm²



«Ich erlebe immer wieder Patienten, die sich wundern, dass ich an einer Hochschule Pflege studiere»: Jasmin Rassi, ausgebildete Fachfrau Gesundheit, an der ZHAW Winterthur.



FACHKRÄFTEMANGEL IN DER PFLEGE

Viel Druck, wenig Anerkennung

Schon jetzt fehlen Tausende Pflegefachpersonen. Nun hat der Berufsverband der Pflegefachleute eine Volksinitiative lanciert.

VON ADRIAN RIKLIN (TEXT) UND URSULA HÄNE (FOTO)

Angesichts der demografischen Entwicklungen hätte man es schon vor dreissig Jahren voraussehen können. Nun haben wir die Misere. 40000 neue Vollzeitstellen braucht es nach Schätzungen der Kantone im Pflegebereich in den nächsten neun Jahren. Der Bundesrat hat im vergangenen Mai die Prognose gewagt, dass allein in der Langzeitpflege bis 2020 rund 17000 neue Vollzeitstellen geschaffen und dazu auch noch 60000 Fachleute ersetzt werden müssen, die in Pension gehen (vgl. «Problemfeld Langzeitpflege»).

Die Pflegenden selber schlagen schon seit längerem Alarm. Nun hat der Berufsverband der Pflegefachfrauen und -fachmänner SBK die Volksinitiative für eine starke Pflege lanciert – einige Monate zuvor hatte der Nationalrat eine ähnliche parlamentarische Initiative des Berner SVP-Nationalrats Rudolf Joder abgewiesen.

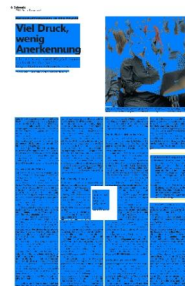
Vor und nach den Wahlen

Auf den ersten Blick mag es erstaunen, dass ausgerechnet die Linke damals Joders Vorschlag (zusammen mit der SVP) fast einstimmig ablehnte. «In ihrer ursprünglichen Fassung», bestätigt die Tessiner SP-Nationalrätin Marina Carobbio, die auch im Komitee der SBK-Initiative ist, sei Joders Initiative durchaus «ein richtiger Schritt» zu einem Gesundheitssystem gewesen, das «eine qualitativ gute Versorgung für alle» hätte sicherstellen können. Dieses Sys-

tem hätte «tragfähige integrierte Versorgungsmodelle» ermöglicht, in denen «alle Fachpersonen entsprechend ihren Kompetenzen ihre Aufgaben erbringen können».

Joders Initiative aber war noch vor den nationalen Wahlen im Herbst 2015 ins Parlament gekommen – ein paar Monate später, im rechtsbürgerlich dominierten Nationalrat, entstellte die neu formierte Kommission für Gesundheit und Soziales Joders ursprünglichen Vorschlag in mehreren Punkten: Beispielsweise hätte den Krankenkassen plötzlich freigestellt werden sollen, mit welchen Pflegefachpersonen sie einen Vertrag abschliessen dürfen. Auf dem Buckel der Pflegenden wurde eine ideologische Debatte um die Aufhebung des Vertragszwangs geführt. Ab da war für die Linke klar: Der Preis ist zu hoch.

Doch die Uhr tickt. Gemäss Berechnungen des Bundesamts für Statistik wird die Zahl der über 65-Jährigen in der Schweiz in den nächsten dreissig Jahren um über eine Million ansteigen. Die Zahl der Menschen mit chronischen Krankheiten wird immer grösser. Umso schlimmer, dass derzeit nicht einmal die Hälfte der eigentlich benötigten Pflegefachleute ausgebildet wird. Allein in den letzten fünf Jahren sind laut SBK rund 10000 Pflegefachpersonen zu wenig ausgebildet worden. Heute beträgt der Anteil der diplomierten Fachkräfte im Pflegebereich nur noch 50,8 Prozent. Dabei belegen internationale Studien, dass mit gut ausgebil-



WOZ Die Wochenzeitung
8031 Zürich
044/ 448 14 14
www.woz.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 16'501
Erscheinungsweise: 49x jährlich

Themen-Nr.: 375.018
Abo-Nr.: 1053061
Seite: 6
Fläche: 129'674 mm²

detem Fachpersonal in Spitälern weniger Komplikationen auftreten – und weniger Menschen sterben.

Geht es nach dem Berufsverband SBK und seiner Initiative, sollen Bund und Kantone in einem Verfassungsartikel verpflichtet werden,

für eine ausreichende, allen zugängliche Pflege von hoher Qualität zu sorgen. Um schon in den nächsten Jahren genügend geeignete Menschen für den Beruf der Pflegefachperson begeistern zu können, braucht es laut SBK faire Löhne auch während der Ausbildungszeit, familienfreundliche Rahmenbedingungen sowie bessere Weiterbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten. Auch in der Krankenversicherung soll der Beruf der Pflegefachpersonen aufgewertet werden: Unnötige Kosten und Leerläufe könnten abgeschafft werden, indem typische Pflegeleistungen direkt mit den Krankenkassen abgerechnet würden. Als Beispiele nennt der SBK das Anziehen von Kompressionsstrümpfen, die Unterstützung bei der Körperpflege oder Bedarfsabklärungen – für all das braucht es heute noch immer die Unterschrift eines Arztes. Es geht also auch um eine Erweiterung der Entscheidungsbefugnisse der Pflegefachleute – vor allem in der Spitex und in Heimen, wo nicht immer eine Ärztin zur Stelle ist, wäre das dringend nötig.

Hohe AussteigerInnenquote

Mit der neuen Spitalfinanzierung und der Einführung von Fallpauschalen im Jahr 2012 hat

der Druck auf das Pflegepersonal noch mehr zugenommen. Zudem sind immer mehr bürokratische Aufgaben zum Pflichtenheft dazugekommen, sodass für die eigentliche Pflege immer weniger Zeit bleibt. Kein Wunder, ist die AussteigerInnenquote bei diesen Berufen überdurchschnittlich hoch.

«Ja, der humanistische Kern unseres Berufs ist in Gefahr», sagt Yvonne Ribí, die Geschäftsführerin des SBK. Um sicher-

«Der humanistische

Kern unseres Berufs ist in Gefahr.»

Yvonne Ribí,
Geschäftsführerin SBK

zustellen, dass mehr junge Menschen einen Pflegeberuf ergreifen, die höhere Ausbildung zur diplomierten Pflegefachperson absolvieren und länger im Beruf bleiben, brauche es neben einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie und flexibleren Arbeitsmodellen dringend auch eine Erhöhung des Ausbildungslohns für Fachfrauen und Fachmänner Gesundheit (FaGe), die sich an einer Höheren Fachschule (HF) oder Fachhochschule (FH) zur Pflegefachperson ausbilden wollen. «Im Bereich FH oder HF», so Ribí, «wurden in den letzten Jahren nur 43 Prozent des Bedarfs auf dieser Stufe ausgebildet. Hier ist der Notstand am grössten.»

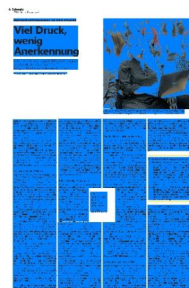
Heute erhält eine Fachangestellte Gesundheit als Anfangslohn je nach Kanton zwischen 4200 und 5000 Franken für eine Hundertprozentstelle. Will sie sich aber weiter zur Pflegefachfrau ausbilden, erhält sie (je nach Kanton) in den zwei oder drei Jahren Vollzeitausbildung einen monatlichen Ausbildungslohn von nur 800 bis 1400 Franken (an einer Höheren Fachschule) oder einen Monatslohn von 800 bis 1200 Franken während der Praktika (im Rahmen einer Fachhochschule). «Hier fordern wir eine Erhöhung des Ausbildungslohns im Sinne einer Existenzsicherung in dieser Zeit», so Ribí.

«Dazu braucht es eine Regelung auf Bundesebene. Bislang gibt es nur wenige Vorzeigebetriebe, die einer gelernten FaGe einen existenzsichernden Lohn während ihrer Vollzeitausbildung zur Pflegefachperson zahlen.»

Von der Nachtschicht in den Hörsaal

Mittagspause in der ZHAW Winterthur. Jasmin Rassi empfängt uns beim Haupteingang des Departements Gesundheit. Die Fachfrau Gesundheit studiert im dritten Semester. Wenn alles gut geht, ist sie in eineinhalb Jahren diplomierte Pflegefachfrau.

«Ohne die Unterstützung meiner Eltern könnte ich mir dieses Vollzeitstudium gar nicht leisten», sagt die 23-Jährige, die an den



WOZ Die Wochenzeitung
8031 Zürich
044/ 448 14 14
www.woz.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 1'6501
Erscheinungsweise: 49x jährlich

Themen-Nr.: 375.018
Abo-Nr.: 1053061
Seite: 6
Fläche: 129'674 mm²

Wochenenden weiterhin in einem Spital arbeitet. Rassi, die als Sekundarschülerin zuerst an einem Beruf im sozialen Bereich interessiert war, sich dafür aber noch zu jung fühlte, hat in ihrer dreijährigen Lehre zur Fachfrau Gesundheit Praxiserfahrungen in der Alterspflege, der Gerontopsychiatrie sowie in einem Akutspital gesammelt. Dann hat sie die Matura nachgeholt und ein Jahr in einem Akutspital gearbeitet. Die Arbeit gefällt ihr: «Ich finde es schön, während des ganzen Krankheitsverlaufs eines Menschen dabei zu sein und mithelfen zu können, eine Besserung oder gar Heilung zu ermöglichen.»

Würde sie nicht von ihren Eltern unterstützt, so Rassi, «wäre ich zuerst – wie die meisten Kolleginnen aus meiner Klasse – mindestens drei bis vier Jahre voll arbeiten gegangen, bevor ich mit dem Studium angefangen hätte». Rassi kennt KollegInnen, die mit dem Studium vorzeitig aufhörten, weil sie keine Stipendien zugesprochen erhielten. Auch von Kolleginnen, die Vorlesungen verpassen, weil sie Geld verdienen müssen, berichtet sie. Und von anderen, die morgens direkt von der Nachtschicht in den Hörsaal kommen.

«Noch etwas», sagt Rassi, bevor sie in den Hörsaal eilt, wo gerade «Familienzentrierte Pflege» auf dem Programm steht: «Ich erlebe immer wieder Patienten, die sich wundern, wenn ich ihnen erzähle, dass ich an einer Hochschule Pflege studiere. Das zeigt, wie wenig über die Komplexität unseres Berufs bekannt ist. Es braucht viel mehr Öffentlichkeitsarbeit, um zu zeigen, was alles hinter unserer Arbeit steckt.»

Die Forderungen des VPOD

Was aber bringt eine stärkere Anerkennung des Pflegeberufs, wenn sich dies nicht in besseren Arbeitsbedingungen ausdrückt? «Natürlich begrüßen wir die Forderung nach Anerkennung und Aufwertung des Pflegeberufs», sagt Elvira Wiegers, Zentralsekretärin für Gesundheit und Care-Arbeit beim VPOD, dem gewerkschaftlichen Verband des Personals Öffentlicher Dienste: «Die SBK-Initiative wird mithelfen,

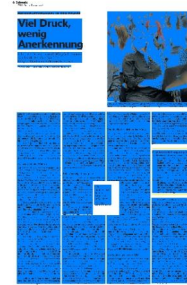
die immer stärker unter Druck geratenden Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen in die Öffentlichkeit zu rücken und zu einer dringend notwendigen Debatte beizutragen. Allerdings ist der Initiativtext sehr vage gehalten, und es besteht bei einer Annahme die Gefahr, dass das Parlament die Forderungen verwässert.»

Wie weit die konkrete Unterstützung des VPOD gehen wird, sei noch offen. Umso klarer ist Wiegers' Analyse: «Die Tatsache, dass sehr viele Pflegenden bald wieder aus dem Beruf aussteigen, hat gewiss auch mit der mangelnden Anerkennung zu tun – vor allem aber mit dem zunehmenden Druck auf das Gesundheitspersonal.»

Der VPOD machte Anfang November an einem nationalen Aktionstag auf die teilweise prekären Arbeitsbedingungen in den öffentlichen Spitälern aufmerksam. «Dabei zeigten wir, wie die Revision des Krankenversicherungsgesetzes und die neue Spitalfinanzierung zusammen mit kantonalen Sparprogrammen und Spitalprivatisierungen die Arbeitsbedingungen vieler Angestellten verschlechtert haben», erzählt Wiegers. «Dass die öffentlichen Spitäler während dieser Strukturbereinigung überhaupt funktionsfähig blieben, liegt vor allem an der aussergewöhnlichen Arbeits- und Berufsethik des Gesundheitspersonals, das vorwiegend aus Frauen besteht.» Die hohe Aussteigerinnenquote deute allerdings darauf hin, dass diese «als typisch weiblich geltende Opferbereitschaft» am Bröckeln sei.

Der VPOD fordert deshalb unter anderem verbindliche und transparente Stellenschlüssel, mit denen das Verhältnis der Anzahl der Angestellten zur Anzahl der Fälle geregelt wird. Ebenso zwingend seien verbindliche Gesamtarbeitsverträge, faire Personalreglemente und die Anhebung des Lohnniveaus. Wiegers denkt dabei auch an die Fachfrauen und Fachmänner Gesundheit FaGe: «Schon heute übernehmen viele von ihnen Aufgaben, die eigentlich diplomierte Pflegefachleute machen müssten. In vielen Gesundheitsinstitutionen werden damit die Kosten heruntergefahren. Es darf auch nicht sein, dass die Löhne und Bedingungen für Kader und gefragte Fachkräfte auf dem Buckel des Grossteils des Gesundheitspersonals verbessert werden.»

Datum: 02.02.2017



WOZ Die Wochenzeitung
8031 Zürich
044/ 448 14 14
www.woz.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 16'501
Erscheinungsweise: 49x jährlich

Themen-Nr.: 375.018
Abo-Nr.: 1053061
Seite: 6
Fläche: 129'674 mm²

Problemfeld Langzeitpflege

Der Bundesrat will insbesondere für die Langzeitpflege mehr Fachkräfte gewinnen. Im Dezember hat er im Rahmen der Fachkräfteinitiative zur besseren Ausschöpfung des inländischen Personals entschieden, das Image der Langzeitpflege in einer Kampagne ab 2018 zu fördern sowie Wiedereinstiegskurse und Verbesserungen der Arbeitsumgebung zu unterstützen.

Derzeit sieht nur ein Fünftel der befragten Fachfrauen und Fachmänner Gesundheit (FaGe) seine Zukunft in der Langzeitpflege. Eine weitere Umfrage hat ergeben, dass 46 Prozent der Pflegefachkräfte aus dem Beruf aussteigen.